

# Correspondent.

**Bezugspreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.**  
Bei Bestellung von mehreren Bänden: bei Bestellung ins Haus durch unsere Mitarbeiter in  
den Reich und mit dem Anzeigenteilern: durch die Post 1,20 Mk. und 42 Pf.  
Nachzahl. — Das Blatt erscheint wöchentlich 4 Mal am an den Übersetzungen sonntags.  
— Zahlungen in Originalschillingen 12 nur mit deutscher Wechselnagelung gestattet.  
— Für Rückgabe unbenutzter Exemplare übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

**Wöchentliche Gratisbeilagen:**  
3seitig. illust. Unterhaltungsblatt  
u. neuest. Romanen und Novellen.  
4seit. landwirtsch. u. Handelsbeil.  
mit neuesten Marktnotierungen.

**Anzeigenpreis**  
Die die diese Zeitschrift über dem Range der Reichsregierung  
20 Pf. im Restantell 40 Pf. Bei Langfristigen Anzeigen  
Schäfer, im Geschäftsverlag und Verlagsanstalt für den  
Verleger, nach Anzeigenteilern, für den Reichsregierung  
20 Pf. Monatspreis für größere Geschäfts-Anzeigen  
Kategorie des Anzeigenteilers 10 Pf. 12 bis 15 bis 20 bis

Nr. 72.

Donnerstag den 26. März 1914.

40. Jahrg.

## Die Zukunft des liberalen Blods.

Hierüber lesen wir in der nat.-lib. Wochenschrift „Der Panther“ (Berlag Greiz i. V.) folgende bemerkenswerte Ausführungen:

Norddeutschland ist im Gegenjag zu Baden und Bayern auf absehbare Zeit nicht reif für den Grob-Block der Linken. Mit dieser Tatsache wird sich selbst der abfinden müssen, der dem Grobblock-Gedanken keineswegs ablehnend gegenübersteht. Die Schuld liegt auch nicht nur an der Abneigung der Nationalliberalen, sogar vieler Fortschrittler, sondern mindestens ebenso sehr an der norddeutschen Spielart der Sozialdemokratie.

Am so bedeutsamer wäre es, wenn der liberale Block, der sich bei den letzten Reichstagswahlen wie auch im allgemeinen bei den preussischen Landtagswahlen gut bewährt hat, jetzt in die Brüche ginge. Das Liebeswerben von konservativer Seite ist bei den verschiedensten Gelegenheiten unverhüllt zum Ausdruck gekommen, und die Rattenfängerjöhre der Sammlungspolitik haben leider bei den Alt-Nationalliberalen ein deutliches Echo gefunden.

Namentlich die Zollpolitik wird zur Konstruktion eines künstlichen Gegenjages zwischen Nationalliberalen und Fortschrittler mißbraucht. Der „Soug der nationalen Arbeit“ soll durch die „freiwilligsten“ Fortschrittler gefährdet sein! Wer sich von Schlagworten nicht blenden läßt, sondern die Augen offen hält, der muß aber bemerkt haben, daß sich in der Volkspartei in den letzten Jahren — nicht zuletzt unter dem Einfluß des Hansa-Bundes — eine Wandlung in der Stellung zu Zollfragen vollzogen hat. Man betet zwar nicht zum allerschlimmsten Schurkoll, wie gewisse altliberale und konservative Doktrinare, aber man hat die Zollfragen als reine Zweckmäßigkeitssachen erkannt, und es mehren sich die Stimmen, welche für die diesmal für Aufrechterhaltung der Vieh- und Getreidezölle eintreten und nur Beseitigung einiger Futtermittelzölle und Reform des Einfuhrzolltarifs fordern. Daß viele Nationalliberale diesen Standpunkt teilen, kann wohl nicht geleugnet werden. Wo bleibt also der Klassenkampf zwischen den beiden Parteien? Wo bleibt die Gefährdung der bewährten Wirtschaftspolitik?

Was würde die Trennung von den Fortschrittler den Nationalliberalen einbringen? Den Verlust ihrer ausschlaggebenden Stellung im Reichstag! Jetzt sind sie trotz der durch die Maßnahmen in Offenburg und Zerchow hervorgerufenen Verstärkungen immer noch in der glücklichen Lage, das Jünglein an der Waage darzustellen. Es ist daher von nationalliberalen Standpunkt schlechthin unverständlich, daß die Altliberalen auf die Schrengung des liberalen Blods hinarbeiten. Denn in der Praxis bedeutet das: Wiederkehr der konservativ-liberalen Mehrheit und Beseitigung, zum mindesten Schwächung des nationalliberalen Einflusses. Denn von überzogener Rücksichtnahme auf Bundesgenossen, die sie nicht brauchen, sind weder Konservative noch Meritale jemals angefränkt gewesen; nur pathologische Optimisten können von der Zukunft etwas anderes erwarten.

Deshalb muß zunächst der liberale Block bei den nächsten Wahlen besser funktionieren, als dies anscheinend in Zerchow der Fall gewesen ist. Der Wahlprüfungsausschuß hat das Mandat des konservativen Abgeordneten Böhm (Herrburg-Stendal) für ungültig erklärt; der Brandenburg-Beihabelland (jetzt Peus, Soj.) ist das gleiche Resultat wahrscheinlich; vielleicht kommt es auch noch zur Ungültigerklärung der Wahl des konservativen Abgeordneten von Winterfeld (Prenzlau-Angermünde). Alle drei Mandate können bei fräftiger Arbeit und reiflicher gegenseitiger Unterstützung den liberalen Parteiengewonnen werden.

Daß Herrburg-Stendal der nationalliberalen Partei gebührt, obwohl der Kreis früher eine erhebliche Anzahl freistimmiger Stimmen auf-

gebracht hat, ist zweifellos. Ebenso sicher aber ist, daß ihn Fuhrmann nicht wieder erobern kann. Ein anderer nationalliberaler Kandidat dagegen würde nicht nur die Unterstützung der Fortschrittler im ersten Wahlgang, sondern auch die — nun einmal notwendige — Stichwahlunterstützung der Sozialdemokraten finden.

Es wird nun gemunkelt, daß Fuhrmann dafür in Brandenburg aufgestellt werden soll, jedenfalls in der Erwartung, daß er gleich im ersten Wahlgang die konservativen Stimmen erhält; sonst könnte er nämlich nicht einmal in die Stichwahl kommen. Eine solche Kandidatur würde unbedingt bei den Genossen einen Freudenruf hervorrufen, denn sie wäre die sicherste Garantie für die Wiederwahl Peus'. Im Fall einer Stichwahl zwischen Fuhrmann und Peus aber würde es vorausichtlich selbst einer ganz entscheidenden Parole der Wahlkreisleitung nicht gelingen, sämtliche fortschrittliche Stimmen Fuhrmann zuzuführen, was Voraussetzung seines Sieges wäre. Möglich, daß ein solcher Ausgang den Altliberalen auch nicht unwillkommen wäre, weil er einen Vorwand böte, die Fortschrittler als „national unzuverlässige Schuttruppe der Sozialdemokratie“ zu verächtigen. Aber dieses Schlagwort hat doch in den letzten Jahren infolge der Haltung der Volkspartei in Serres, Marine, Kolonialfragen usw. bei den Wählermassen an Schlagkraft erheblich eingebüßt. Brandenburg kann nur durch einen linksliberalen Kandidaten den Sozialdemokraten entgegen werden; außerdem müßten sich natürlich auch die Konservativen überwinden, in einer Stichwahl für ihn zu stimmen. Ob sie es fertig bringen würden, den in nationalen Fragen zuverlässigen Fortschrittler gegenüber dem Umkämpfer vorzuziehen, muß freilich stark bezweifelt werden.

In Prenzlau-Angermünde endlich, wo noch nie ein Nationalliberaler aufgestellt war, kommt nur eine fortschrittliche Kandidatur in Frage. Wenn die Volkspartei hier diesmal eine geeignete Persönlichkeit präsentieren als 1912, so ist ein liberaler Sieg nicht ausgeschlossen.

Drei Mandatsgewinne sind für den Liberalismus möglich. Darum wäre es gut, wenn die beiden Parteileitungen recht bald eine Verständigung über alle drei Wahlkreise herbeiführen.

## Die Petition des Magistrats und der Stadtverordneten von Charlottenburg

um Einführung der geheimen Stimmabgabe bei den Stadtverordnetenwahlen und um Beseitigung des Hausbesitzerprivilegs lautet, wie wir mitzuteilen in der Lage sind, in ihren Hauptpunkten wie folgt:

„Seit dem Jahre 1808, in dem die Städteordnung die Privilegien des Hausbesitzerstandes bei den Stadtverordnetenwahlen schon in der damals durchaus zutreffenden Erwägung, daß den sechshundert Bürgern, die aufs engste mit der Gemeinde auf Geld und Verber verbunden sind, ein größerer Einfluß auf das Geschick der Gemeinde zugebilligt werden muß, haben die Verhältnisse im städtischen Hausbesitz, namentlich in den Großstädten, eine vollkommene Umwälzung erfahren. Der Hausbesitzerstand umfaßt in unserer Gemeinde nur noch zum geringsten Teil wirklich lebhafte Elemente. Neben der kleinen Zahl alleingewesener Eigentümer, an die die Städteordnung bei der Privilegierung des Hausbesitzerstandes einst gedacht, verbergen sich in dem großstädtischen Hausbesitz zahlreiche spekulative Elemente, denen jede persönliche Beziehung zur Gemeinde fehlt. Das Haus ist solchen Hausbesitzern lediglich Kapitalanlage oder gar Spekulationsobjekt. Gerade in unserer Gemeinde haben sich die Verhältnisse im städtischen Hausbesitz nach dieser Richtung entwickelt. Nach dem Ergebnis der Grundbesitzzählung in Charlottenburg im Jahre 1910 waren von 3794 bewohnten Grundstücken, die im Eigentum einzelner bürgerlicher Personen standen, 26,5 Proz. erst in den letzten drei

Jahren, 44,2 Proz. erst in den letzten fünf Jahren und 70 Proz. in den letzten zehn Jahren vom Eigentümer erworben. Von den 3794 bewohnten Grundstücken standen nur 2708 (72 Proz.) im Eigentum Charlottenburger Einwohner, während 1086 (28 Prozent) Hausbesitzer ihren Wohnsitz außerhalb Charlottenburgs hatten. Diese Zahlen sprechen unferes Erachtens für die Richtigkeit der Behauptung, daß in der Großstadt ein sehr erheblicher Teil der Hausbesitzer das Haus nur noch als Ware betrachtet und daß die Hausbesitzer nicht mehr allgemein als Vertreter der bodenfähigen Elemente gelten können. Wir weisen schließlich noch darauf hin, daß die preussische Staatsregierung im Jahre 1876 in der Begründung zu einem Abänderungsantrag der preussischen Städteordnung die Beseitigung des Hausbesitzerprivilegs vorach mit der Motivierung, „daß das Bedürfnis, ja die Nützlichkeit einer derartigen, eine besondere Klasse der Einwohnerchaft hervorhebenden Bestimmung dießhalb und anscheinend nicht ohne Grund in Frage gestellt sei“. Man wird zugeben müssen, daß die heutigen Verhältnisse im großstädtischen Grundbesitz in noch viel härteren Maße als im Jahre 1876 für die Aufhebung des Hausbesitzerprivilegs sprechen.“

Hinsichtlich der Einführung der geheimen Stimmabgabe macht die Petition der Stadt Charlottenburg darauf aufmerksam, daß sich bereits zu wiederholten Malen eine erhebliche Mehrheit im preussischen Abgeordnetenballe dafür entschieden habe; auch die oben erwähnte Novelle zur Städteordnung habe bereits die Einführung der geheimen Stimmabgabe vorgesehen, die von der Regierung damit begründet wurde, daß dadurch die Wähler vor ungesetzlichen Einflüssen und vor der Notwendigkeit der Rücksichtnahme auf persönliche und äußere Verhältnisse“ bewahrt würden. Die offene Stimmabgabe bedeutet die Aufhebung des Stimmrechtes eines großen Teils der Mitbürger, weil sie durch sie Gefahr laufen, in ihrer wirtschaftlichen Existenz Schaden zu nehmen. Die verhältnismäßig geringe Beteiligung an den Wahlen in Charlottenburg (1913 in der ersten Abteilung 38 Proz., in der zweiten Abteilung 24 Proz., in der dritten Abteilung 32 Proz.) wird in der Petition teilweise auf die offene Stimmabgabe zurückgeführt. Die Petition ist von dem Oberbürgermeister Dr. Schulz unterzeichnet. Man darf annehmen, daß ihre Beratung in der Kommission und im Plenum zu interessanten Debatten führt.

## Aus dem sächsischen Landtage.

Le. Der fortschrittliche Abg. Günther gab in einer der letzten Sitzungen des sächsischen Landtages Kenntnis von einem Briefe des Gehandten Grafen Botho v. Wedel an seinen von der Technischen Hochschule in Dresden ausgewählten Vertreter Emil v. Wedel, der ihn gebeten hatte, durch Vermittlung des Berliner sächsischen Gesandten seine Wiederzulassung an der Technischen Hochschule in Dresden zu erwirken. In diesem Briefe schrieb Graf Wedel u. a.: „Wenn Du Dich für die fortschrittliche Volkspartei beizügigst, kannst Du nicht verlangen, daß man besondere Rücksicht auf Dich nimmt. Du darfst eben mit Deinen freischheitlichen Ideen unbegreiflich.“

Hierzu schreibt man uns noch: Diese Äußerung spricht Bände. Freischheitliche Ideen sind dem Herrn Gehandten Grafen Wedel unbegreiflich. Es ist ganz interessant, daß hier einmal der dreifachen Öffentlichkeit bekannt wird, was Geistes Kind der Chef der Personalabteilung des Auswärtigen Amtes ist. An eingeweihten Kreisen mußte man längst, an welchen Stellen im Auswärtigen Amte die vom Reichstage so oft und so dringend geforderte Reform des diplomatischen Dienstes immer wieder scheiterte, vor dieser Reform, die für die Entwicklung nicht nur unserer politischen, sondern vor allem unserer wirtschaftlichen Weltanschauung von eminenter Bedeutung ist, nachlässigen Widerstand leistete. Man mußte, daß hier bei in erster Linie die Abneigung gegen Neuerungen, die „freischheitlichen Ideen“ entgegenstehen sein konnten, maßgebend war für die Gegenrichtung gegen eine Reform, die für unsere Diplomatie an Stelle lösender Namen die tüchtigsten Männer gewinnen wollte. Unter diesen widerstrebenden Kräfte befand sich mit an ausführender Stelle der Chef der Personalabteilung, der, wie man erzählt, noch für höhere diplomatische Stellen in Aussicht genommen ist. — In Preußen-Deutschland macht man leider immer noch am ehesten Karriere, wenn man freischheitliche Ideen unbegreiflich findet, und es von sich weiß, auf sie einzugehen.

## Die Steuermittelfrüher der Konserbativen

ist durch die Abreise, die beim Etat der Verwaltung der direkten Steuern in der Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses vorgenommen wurden, in das hellste Licht gerückt. Aus einer vergleichenden Übersicht über die Ertragskraft der Einkommensteueranlage in den Kreisen, deren Steuererträge seit einem halben Jahrhundert von einem besonderen Verwaltungsausschuss geleitet werden, ergibt sich nun, wie nützlich und vorteilhaft für die Staatsfinanzen die Bestimmung eines solchen von Vordr. unabhängigen Steuerbeamten gewesen ist. Sowohl die Anzahl der Steuerpflichtigen als in den Jahren der Anwesenheit eines Verwaltungsausschusses fast durchweg höher gewesen als vorher; vor allem ist auch eine sehr beträchtliche Steigerung des Einkommensteuerertrags sich gezeigt. Während beispielsweise in Gesehmsdorf vor der Bestimmung des Kommissars die Einkommensteuersumme um 0,5 Proz. zurückgegangen war, stieg sie nachher beträchtlich, und zwar von 1911—1912 um 18,8 Prozent, von 1912—1913 um 13,1 Proz. In Danziger Höhe war früher eine Steigerung um 10,1 Proz. vorhanden, nach der Einsetzung des Kommissars aber eine solche von 12,1 Proz. und 17,6 Proz. für die vorgenannten Jahre. In Mader-Land waren die entsprechenden Ziffern 1,5 Proz., hernach aber 18,7 Proz. und 14 Proz.; in Hagen-Land 2 Proz., hernach aber (für 1912—1913) 24,5 Prozent; in Köslin 0,5 Proz. und ebendamals Jahre aber 26,6 Proz.; in Lennep 6 Proz., nach der Einsetzung des Kommissars jedoch 21,6 Proz. Diese Beispiele liegen sich noch vermehren. Die hier erwähnten Fälle zeigen aber bereits zur Genüge, wie wichtig und notwendig die Einsetzung eines völlig unabhängigen Beamten zur Ermittlung der wahren Einkommensverhältnisse ist; wenn die Regierung jetzt eine Reihe von Steuerbeamten, deren Konserbativen charakterisiert, abgeleitet haben, so haben sie damit im allerersten Interesse gewisser Schichten der Bevölkerung, aber sicherlich nicht im wohlverstandenen Staatsinteresse gehandelt. Dies zu konstatieren, ist von erheblicher Wichtigkeit. Das letzte Vorhaben der Konserbativen charakterisiert die ganze Stellung, die sie zu dem Staatsbeamten und zur Begründung der notwendigen Staatsausgaben einnehmen.

## Kaiser Wilhelm in Venedig.

Nach dem bitteren Trauertage herrschte in Venedig am Dienstag zum ersten Male wieder gehobener Stimmung und prächtliches Frühlingswetter. Die öffentlichen Gebäude, die Privatpaläste waren reich besetzt. Der Canale Grande war besonders festlich ausgeschmückt. Herrliche Kapelle und reicher Florianschmuck um Anlegeplatz bis zum Ende des Canalgraben, der mit reichhaltigen und italienischen Wappen besetzt war, verleiht der Station ein feierliches Gepräge. Die Ufer des Canale Grande waren schwarz von Menschen. Eine große Menschenmenge hielt auch die Ufer der gegenüberliegenden Kirche dicht besetzt. Um 9 Uhr 20 Min. waren bereits alle Behörden sowie der deutsche Botschafter von Florenz, Admiral Souchon und des Kommandanten der deutschen Kriegsschiffe anwesend. Zwanzig Minuten vor dem Aufbruch der Kaiserin in die Station ein, während die Stadttruppe die deutsche Nationalhymne intonierte. Der Kaiser, am Bagenstein liegend, grüßte militärisch die Ehrentrophen, stieg dann schnell auf und schickte zuerst dem Vizeadmiral Garelli herzliche Grüße. Nach der Begrüßung des Botschaftermeisters Grafen Götmann, des deutschen Botschafters und der Herren der Botschaft, besitz der Kaiser, begleitet vom Generaladjutanten von Welfen und den Flügeladjutanten, ein Ruderboot der „Hohenzollern“. Den Fahrzeughelfer des Venezianischen Ruderclubs folgend, durchschritt das kaiserliche Boot flüchtig die Ruten des Canale Grande. Das an den Fronten und auf den Balkons sich befindende Publikum begrüßte das Boot überall mit Jubel. In Motorbooten folgte das übrige Gefolge dem kaiserlichen Boot in geringer Entfernung. Als das kaiserliche Boot in Sicht kam, feuerte der Kreuzer „Breslau“ einen Geschützsalut, und die auf dem Oberdeck aufgestellte Mannschaft begrüßte das Kaiserliche Boot mit dem Schuß der Kanonen. Gleichzeitig führte das Kaiserliche Boot ein glänzendes georgisches Manöver aus. Um 10 Uhr stieg der Kaiser an Bord der „Hohenzollern“, nochmals durch Saluten begrüßt. An Bord konfertierte zunächst der Kaiser und der deutsche Botschafter.

**Der Kaiser und die Dampferkatastrophe.**  
Venedig, 24. März. Gleich nach seiner Ankunft überreichte der Kaiser dem Botschafter Grafen Götmann in einem geschlossenen Briefumschlag 3000 Kronen zur Verteilung an Familien der bei der Schiffstatastrophe Umgekommenen. An Bord der „Hohenzollern“ ließ sich der Kaiser die Schiffsmannschaft vorführen und lobte sie für die bei dem Unglücksfall geleisteten Rettungsarbeiten. Mittags fand an Bord der „Hohenzollern“ Frühstücksfest. Um 1,45 Uhr begab sich der Kaiser im Ruderboot mit Gefolge zum Besuch des Valares Monarchie am Canale Grande. Um 5 Uhr nahm der Kaiser den Tee bei dem Grafen und der Gräfin Papadopoli ein.

**Die Abendtafel.**  
Venedig, 24. März. Zur Abendtafel an Bord der „Hohenzollern“ waren geladen: der deutsche Botschafter von Florenz, der deutsche Militärattache und Marineattache sowie Graf Götmann.

**Abreise König Viktor Emanuels nach Venedig.**  
Rom, 24. März. Der König ist heute Abend in Begleitung des Ministers des Äußeren und seines Gefolges zur Begegnung mit Kaiser Wilhelm nach Venedig abgereist.

**Ministerpräsident Benzelos reist nach Korfu.**  
Athen, 24. März. Die „Agence d'Athènes“ meldet, daß Ministerpräsident Benzelos sich wahrscheinlich in Begleitung des Ministers Streit nach Korfu begeben, um den deutschen Kaiser zu begrüßen.

**Italienische Begrüßungsartikel.**  
Rom, 24. März. Von den römischen Zeitungen bringen heute Abend als erste „Giornale d'Italia“ und „L'Espresso“ Begrüßungsartikel zur Zusammenkunft in Venedig. Beide Artikel sind äußerst herzlich und warm gehalten. Das „Giornale“ ist außerdem sehr hervorgehoben. Die europäische Krise hätte als die bevorstehende sei. Die Kaiserreise sei der beste Kommentar und die beste Antwort der Wilhelmstraße auf alle die romanhaften politischen Ausstellungen der letzten Zeit. Das Blatt fährt fort: Wir stellen mit Genugtuung fest, daß die österreichischen und deutschen Beziehungen sich jetzt und durch unvorstellbare Umstände herzustellen und durch unvorstellbare Umstände herzustellen während des Balkankrieges nicht getrübt wurden. Die

besten und intimsten Beziehungen, wie kaum je vorher, bestanden auch heute zwischen Italien und Deutschland. Es besteht kein Zweifel, daß in diesem Augenblick von allen Nationen Europas es Deutschland ist, mit der wir in den intimsten Beziehungen stehen. Während der Balkanwirren ist die Übereinstimmung zwischen Rom und Berlin getrübt worden. Dadurch ist zwischen den beiden Völkern eine Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens geschaffen worden.

**Die Monarchenbegegnungen und die französische Presse.**  
Paris, 24. März. Mehrere Blätter beschäftigen sich mit der Reise Kaiser Wilhelms nach Wien und Venedig. Der „Temps“ meint, daß den Begegnungen des Deutschen Kaisers mit Kaiser Franz Josef und König Viktor Emanuel infolge der gegenwärtigen Verhältnisse eine besondere Bedeutung beizumessen sei. Der Friede auf dem Balkan sei zwar hergestellt, aber es sei ein mit verschiedenen Schwierigkeiten und Problemen belasteter Friede. Die öffentliche Meinung Österreich-Ungarns erblicke in der Zusammenkunft der beiden Kaiser einen Beweis für ihre Freundschaft und für die Festigkeit des österreichisch-ungarischen Bündnisses. Ebenso werde die Begegnung in Venedig das enge Zusammenrücken von Wien und dem Dreieck in allen Fragen des europäischen Festlandes wie in denen des Mittelmeers und Kleinasien bekräftigen. Diesen vorzuziehenden Kräfte gegenüber hält die Tripartente, deren Mittelmacht von neuem durch die Besuche des Königs Georg von Serbien und des Präsidenten von Bulgarien und die Befestigung und die Fortdauer dieses Bündnisses aufrecht. Dieses Bündnis gewährt und die Fortdauer dieses Bündnisses aufrecht, um ihre militärische Macht auf der Höhe zu erhalten, bietet das beste Unterpfand dafür, daß die erhabenen Fragen in friedlicher und billiger Weise und nicht zum Schaden der Tripartente gelöst werden. Deshalb sehen wir diesen Austausch von Besuchen und die Unterbrechung ohne Beunruhigung. — Auch die „Liberte“ erblickt in den Begegnungen des Kaisers mit Kaiser Franz Josef und König Viktor Emanuel einen Beweis dafür, daß der Dreieck keine Gefahr von Verunsicherung besteht.

## Zur Lage in Frankreich.

Eine von Vollzugsausschuß der radikalen und sozialistisch-radikalen Partei veröffentlichte Mitteilung behauptet, daß Caillaux keineswegs bereits dem politischen Leben entlag habe. Caillaux, der gegenwärtig allzu sehr in seinem Schmerz und seinen häuslichen Sorgen verhaftet ist, habe noch keinen endgültigen Beschluß gefaßt. Der Vollzugsausschuß nahm einstimmig einen Beschlusses an, in dem erklärt wird, daß eine Verzögerung der Kammerwahlen eine erste Unzulässigkeit bedeuten würde. Die Regierung hat sich gleichfalls gegen jeden Ausschub des Wahltermins ausgesprochen.

Die Kammer hat am Montag die Vorlage über die Erteilung richtiger Befugnisse an die Roteigenschaft in der Senatssitzung angenommen. Saurès bezieht sich im Laufe der Beratung vor, erforderlichen Falles eine Ausdehnung der Vollmachten zu verlangen.

Die Deputiertenkammer hat seiner am Dienstag ohne Erörterung einen von Saurès eingebrachten Gesetzesentwurf angenommen, der bestimmt, daß die Roteigenschaft im Gebrauch machen könne von den richterlichen Vollmachten, die vom Parlament den parlamentarischen Untersuchungskommissionen zugewilligt worden sind.

Über die Zeitungsfrage des Rochette-Ausschusses der Kammer ist noch zu berichten: Am Dienstag vormittag vermachte der Rochette-Ausschuss zunächst den früheren Ministerpräsidenten Barthou. Dieser verwahrte sich entschieden gegen den Vorwurf, daß er den Selbstbesitz „Rochette“ gegen Caillaux angekauft und Galmette verschiedene Schriftstücke ausgeliefert habe. Er habe im Gegenteil auf Gerüchten Doumergues den Director des „Sigaro“ Galmette erlaubt, gewisse Personen über bestimmte Angelegenheiten nicht zu veröffentlichen. Doumergue und Caillaux hätten ihm dafür lobhaft gedankt. Zu der Rochette-Angelegenheit habe er sich vor drei Jahren einen Angriff des radikalen „Mappel“ zugezogen, weil er dem Gerüchten des Herausgebers dieses Blattes Duménil, eine Disparitätsentscheidung gegen einen der Sachverständigen anzuordnen, nicht folgen gelassen habe. Kurz nachdem das Ministerium Monis aus Nieder getreten sei, habe er erfahren, daß der Rochette-Prozess verlagert werden sollte. Er habe zu Caillaux gesagt, daß es gingen merkwürdige Dinge vor, Monis habe den Disparitätsentscheidungen lassen, um die Rochette-Angelegenheit gegen Caillaux zu haben darauf geantwortet, er habe bei Monis Schritte getan, um den Ausschub zu erlangen. Caillaux habe hinzugefügt, Rochette besitze eine Liste der Kosten der Emission verschiedener Gesetze und beachtliche diese Liste zu veröffentlichen, was eine große Aufregung hervorgerufen hätte. Er habe bei Monis interveniert, damit dieser diese Liste nicht veröffentlichen lasse, auf die Frage, warum er sich nicht an den Justizminister gewandt habe, habe Caillaux ihm geantwortet, es handle sich um die richtige Manier; Justizminister Berrier habe dies nicht getan.

Frau Caillaux wurde am Montag abermals zu einem Besuch nach dem Justizpalast gebracht. Sie wurde der Witwe des Malers Charrant gegenübergestellt, welche erklärte, der Herausgeber eines Blattes habe ihr mitgeteilt, daß man in verschiedenen Redaktionsstuben mehrere mündliche Briefe Caillaux an seine Gattin recht wohl geteilt habe.

Doumergue hält fest. Die „Agence Havas“ legt den Gerüchten von Spaltungen im Kabinett und von einem beabsichtigten Rücktritt gewisser Minister ein formelles Dementi entgegen.

## Die Homeruetris

hat am Montag die englischen Parlamente beschäftigt. Im Unterhaus gab vor dichtem Publikum Kaufmann Kriegsminister Oberst Seely eine kurze Erklärung über die Ergebnisse, soweit sie die Armee betreffen. Er sagte, am Freitag Abend seien im Kriegsamt vom General Bagot Nachrichten eingelaufen, daß einige ihm unterstellende Offiziere ihn verurteilt hätten, daß sie unter gewissen Voraussetzungen nicht in der Lage sein würden, die Weisungen auszuführen, die es für notwendig erachteten, ihnen mitzuteilen. Der Armeestab habe die Bestimmung getroffen, daß die älteren beteiligten

Offiziere sich beim Generaladjutanten im Kriegsamt verhalten sollten. Soweit aus der Unternehmung des Armeestabes hervorgeht, sei es klar, daß der Adjutant darauf zurückzuführen sei, daß eine von Bagot an die Offiziere gestellte Frage nicht beantwortet wurde. (Weiterheit bei der Apposition.) Jetzt seien sie angewiesen worden, sich zu ihren Truppenorten zurückzubehalten. Hinsichtlich der Truppenbewegungen widerholte der Kriegsminister die in der Presse bereits erzielten Mitteilungen und sagte, der Zweck der Bewegungen sei die Befestigung und die Wahrung der Regierung zu schützen. (Zurückkunft der Apposition: Vor wem zu schützen?) Alle Bewegungen seien durchgeführt worden im Einklange mit den Weisungen Bagots und alle Befehle seien pünktlich und unbedingt befolgt worden.

Donar Law erklärte die Lage sei weit ernster, als Kriegsminister Seely angedeutet habe. Er führte die Erklärung an, die, wie er sagte, vom General Bagot seinen Offizieren gegeben worden sei, nachdem Bagot seinen Besuch im Kriegsamt gemacht hätte. Diese Erklärung sei dahin gegangen, daß alle Operationen gegen Ulster begonnen werden sollten, daß Bagot erwarte, daß das Land am Sonntag in Ruinen liegen werde und daß er Weisungen an dem Kriegsamt erhalten habe, die Befehle der Offiziere, die in Ulster beheimatet sind, die Befehle erhalten würden, in Urlaub zu gehen und wieder eingeteilt werden sollten. Zweitens, daß diejenigen Offiziere, die nicht gelassen wären, aktive Operationen gegen Ulster vorzunehmen, ihren Weisungen einreichen müßten und entgegen diesen Umständen würde es für Unmöglich sein, ohne sein Wissen einige seiner Kollegen, die die Regierung betreiben, diese Truppenbewegungen nicht vorgekommen hätten im Sinne eines abgeleiteten Planes, um Ulster ernsthaft herauszufordern oder einzunehmen.

Premierminister Asquith wiederholte, daß die ergriffenen Maßnahmen keine Schlimmstmassnahmen seien. Die Regierung werde die Befehle nicht die Absicht, weitere Schritte zu unternehmen. General Bagot seien keine besonderen Instruktionen geschickt worden außer den bereits erwähnten, und außer den allgemeinen Instruktionen an alle Kommandeure, in denen es darauf hingewiesen wurde, daß es ihre Pflicht wäre, den Zivilbevölkerung beizubehalten, und in denen vorgeschlagen wurde, daß die im Innern beheimateten Offiziere nicht dort verwendet werden sollten. Das habe nichts mit Verrat zu tun, sondern das gleiche Vorgehen würde eingeschlagen worden sein, wenn es sich um einen Auslandsdienst handelte. Es sei Tatsache, daß einige Offiziere die von General Bagot an sie gerichteten Bemerkungen und Fragen in weitem Maße ausgelegt hätten, doch sei der Armeestab überzeugt worden, daß ein Mißverständnis vorgelegen habe. (Nachdem bei der Apposition.) Unter diesen Offizieren habe sich General Gough befunden, einer der ausgeschiedenen Kavallerieoffiziere, aber er und sämtliche Offiziere seien beurlaubt worden auf ihre Weisungen zurückgekehrt. Bagot dann die von Donar Law über die Befehle der Armeestab zum Ausdruck gebrachten Ansichten und sagte, wenn Goughs Doffen von einer großen politischen Partei angenommen würde, so würde der Name Donar des Staates gefährdet werden.

Bagot äußerte über die Bemerkungen der Minister Asquith und Seely, daß, was in der Armee geschehen sei, als geringfügig hinzunehmen. Er erklärte, die von Asquith erwähnten Instruktionen seien für Ulster bestimmt. Gough habe seine Entlassung nachgeholt, weil er glaube, er werde dem Befehl erhalten, gegen Ulster kämpfen sollte, und sei wieder eingeteilt worden, obwohl er bei seiner Erklärung dies, daß er nicht gegen Ulster kämpfen werde. (Lachen bei der Apposition.) Während der ganzen Zeit war das Haus abgedrängt voll und es herrschte eine große Erregung. Es kam zu mehreren Unterbrechungen, besonders während der Rede des Premierministers Asquith. Asquith erklärte, Macdonald erklärte, wenn Gough nicht bereit sei, seine Pflicht zu tun, so sollte er auch nicht in der Armee bleiben. Macdonald warf ferner Donar Law vor, er werde die Befehle der Regierung, welche einen Aktin ins Gefängnis bringen würden.

Im Oberhaus erklärte Lord Mearns im Laufe der Debatte, Gough und die übrigen Offiziere seien mit Genehmigung des Königs angewiesen worden, sich wieder zu ihren Regimenten zu begeben.

## Politische Übersicht.

**Österreich-Ungarn.** Eine Verordnung des Kaisers von Österreich veröffentlichte die „Wiener Zeitung“ am Dienstag, durch die die Regierung ermächtigt wird, den Betrag von 375 000 Kronen durch eine Kreditoperation zu beschaffen. — Der ehemalige Reichsratsabgeordnete Dr. Sviba, der durch seine Beziehungen zur politischen Polizei bekannt geworden ist, hat ein Geheimes in Verbindung seines Namens in Schwertner eingetrickt.

**Frankreich.** Die Kammer hat am Montag mit 899 gegen 115 Stimmen die Artikel des Finanzgesetzes angenommen, welche über ererbte, im Auslande untergebrachte Kapitalien handeln.

**Rußland.** Die Militär- und Marinekommission des Reichstages hat die Beschlüsse der Beratung des Marzinschubdrei. Sie lenkte die Aufmerksamkeit des Ministers auf die Verbesserung im Bau der Schiffe und gab dem Russischen Ausdrud, das durch den Status für die Bedürfnisse der Flotte die Vervielfachung organisiert werden. Ferner wünschte sie, daß die Munitionsbefehle der Flotte so weit als möglich auf dem Selbststande gehalten würden und mindestens neunzig Prozent des Selbststandes betragen sollten. In der Angelegenheit der Firma Bickers vertrat die Kommission den Standpunkt, daß der mit dieser Firma abgeschlossene zehnjährige Kontrakt ungünstig sei und ein ähnliches Monopol zugunsten eines Privatunternehmens schaffe. Der Kontrakt sei unvorzuziehlich für den Status und nachteilig für die nationale Verteidigung, da er den Minister in die Abhängigkeit setze, entweder für jede Vervielfachung des Materials beizutragen, oder sich damit zufrieden zu geben, daß so gebildet werde, wie es zuerst des Abchlusses des Kontrates geschah.



# Goldmanns Konfirmanden-Stiefel

von 4,90 Mark an.

## Groß. Neueingänge der letzten Modeschöpfungen

in hervorragend schönen Damen - Costumen, -Paletots, -Mänteln, -Jacken, -Kleidern, -Blusen, -Röcken.

Verkauf zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

Entenplan. **Otto Dobkowitz, Merseburg.** Entenplan.

### Elektrische Anlagen

Jeder Art und Grösse  
**P. Rudolph, Clobigkauer Str. 4.**  
 Langjähriger Betriebs-Monteur  
 im hiesigen Elektrizitäts-Werk.

### Sämereien!

Hochfeinmähig und nur  
 Ia. Qualität!

Carotten, Möhren, Erbsen,  
 Spinat, Kresses, Petersilie,  
 Kohlrabi, Wirsing, alle Kobl-  
 anen, Birk- und Stangen-  
 bohnen, Runkelrüben, Kür-  
 bissen, Kresse, Luzerne,  
 Frühkartoffeln, Steckrüben,  
 Schalotten;

Sommerstauden und Zücht-  
 klinsen, Blumenwiebeln,  
 Düngemittel, Gartenwerkzeuge,  
 Rasen, Ball, Gossensche, Ban-  
 noch, eifertigen, Gartenfähle  
 u. c.

Preisvergehniss umsonst!  
**Erfurter Samenhandlung**  
**Wilhelm Grell,**  
 Halle a. S., Markt 7.

### Reisekörbe

Wäschekörbe  
 Fragkörbe

eigenes Fabrikat!  
 Große Auswahl! Billigste Preise!  
**Albert Kunth**  
 Gotthardstraße 20.  
 Mitglied des Rab.-Sparvereins.

### Die Ausgabe

d. Rübensamens  
 an unsere Lieferanten erfolgt  
 am 6., 7. und 8. April.  
**Zuckerfabrik Körbisdorf (A.-G.).**

### Blumen fürs Fest

empfiehlt  
 in hervorragend schöner Ware und  
 reichster Auswahl zu mäßigen Preisen

die Blumen-Handlung von

### Albert Trebst

Markt 23. Fernruf 475.

### Konfirmations-Karten

Meine Auswahl in  
**Konfirmations-Karten**  
 ist in diesem Jahre besonders gross!  
 Die Preise billigst! Rabattmarken auf alle Karten!  
**Albert Bruns, Gotthardstraße 27.**

### Tapeten - Reste

und  
**vorjährige Muster**  
 bedeutend unter Preis  
 9. Stadtmann, Oskarstr. 11.



Prämien-Bonus zur Seppel-  
 Freiheit!  
 zu haben in folgenden Drogerien:  
 Herrn. Weniger, Neumarkt-Drog.  
 Hrn. Ruppert, Central-Drog.  
 Wllg. Rieselich, Adler-Drogerie

### Konfirmations - Bildern

Grosse Auswahl in  
**Konfirmations - Bildern**  
 hält vorräthig und empfiehlt  
**Albert Bruns, Gotthardstr. 27.**  
 Rabattmarken auf alle Bilder.

**Rasiermesser**  
 Rasierapparate-Klingen werden ge-  
 schiffen.  
**Carl Baum, Stauwarenhandlung.**

### Reisekörbe!!

Beste Qualität. Billigste Preise.  
 Rabatt.  
**Paul Florheim, Burgstr. 12.**

Bereine  
 taufen  
**Preise**  
 Verlosungs-  
 Gegenstände  
 stets vorkäuflich im  
 Spielwarenhaus  
**Wilhelm Köhler,**  
 Gotthardstraße 5.  
 Bei arößeren Käufen  
 Wiederverkauf-Preise.

### Die Mode von 1914

kann man in ihren apartesten  
 Formen mit Favorit-Schnitten  
 nachhaken. An-  
 leitung durch das Favorit-  
 Mode-Album (nur 60 Pfennig),  
 Jugend-Mode-Album 60 Pf. bei  
**Marie Müller Nachf.,**  
 Kl. Ritterstr. 11.

### Veilchenseifenpulver

**Goldperle**  
 enthält die hübschesten  
 Zugaben

### Konfirmations-Karten

und -Bilder  
 empfiehlt in größter  
 Auswahl zu billigsten  
 Preisen  
**Kurt Karius**  
 Sträßl. 4.  
 5 Prog. - Mitglied  
 des Rabat.-Spar-  
 Vereins. - 5 Prog.!

### Ostern auf der blauen Adria

in Dalmatien, Albanien und auf Korfu!

Schönste Zeit des Jahres, alles im herrl. Frühlingschmuck! Ueber München, Triest,  
 Spalato, Gravosa, Durazzo (Hauptstadt von Albanien), Valona nach Korfu. Hier u. a.  
 Besichtigung des berühmten Achilleion, woselbst gerade Kaiser Wilhelm anwesend  
 ist. Reisedauer 8 Tage. Preis ab Halle und wieder zurück: Bahn II Kl. und  
 Schiff I. Kl. Mk. 235.—, Bahn III. Kl. und Schiff II. Kl. Mk. 155.—, Meldungen  
 sofort an Herrn Verlagsbuchhändler **Richard Gröndler, Halle a. S.,**  
 Rathausstrasse, erbeten.

### Gesangbücher Konfirmations-Geschenke und Konfirmations-Karten

Mitglied des Rabat.-Spar-Vereins. **Bruno Börsch, Burgstr. 24.** Mitglied des Rabat.-Spar-Vereins.

# Goldmanns Konfirmanden - Anzüge

Unerreichte Qualitäten. Unerreichte Preiswürdigkeit.

Stets zwei Heftagen.











# Beilage zum „Merseburger Correspondent“.

Nr. 72.

Donnerstag den 26. März

1914.

Zweite Beilage.

## Abonnements-Einladung.

Mit Rücksicht auf den bevorstehenden Quartalswechsel bitten wir unsere geehrten Leser, das Abonnement auf den

## „Merseburger Correspondent“

bei den Postanstalten, den Briefträgern oder den Ausrägern baldigt erneuern zu wollen, damit in der regelmäßigen Zustellung des Blattes vom 1. April 1914 ab keine Unterbrechung eintritt.

Der vierteljährliche

## Abonnementspreis

bleibt unverändert.

## Inserate

finden bei der ständig wachsenden Auflage unseres Blattes wirkungsvollste und beste Verbreitung in Stadt und Kreis Merseburg. Der „Merseburger Correspondent“ ist nachweisbar die umfangreichste und verbreitetste Tageszeitung im Kreise Merseburg. Pro bene mereri stehen auf Wunsch mehrere Tage hintereinander zu Diensten.

Schachtelungsdruck

## Der Betrag des Merseburger Correspondenten.

## Volkswirtschaftliches.

Die Aussichten für den Abfluß des laufenden Etatsjahres der Reichsfinanzverwaltung sind keine allzu günstigen. Nimmere liegt auch für den Monat Februar das Ergebnis der Einnahmen an Zöllen, Steuern und Gebühren vor, und damit schließt nur noch ein Monat an dem Gesamtergebnis. Man kann daher schon heute mit ziemlicher Sicherheit vorhersehen, daß das Etatsjahr 1913 ebenfalls seinen Abschluß über den Vorkurs des Reichshaushaltsetats bringen wird. Durch den Nachtragsetat, der durch die Mehrerlöse des letzten Sommers bedingt war, wurden die Etatsansätze bei Wertpapieren um 18 Millionen herabgesetzt. Tatsächlich werden aber, so schreibt eine offizielle Korrespondenz, die Getreideausfälle eine Mindereinnahme von mindestens 40 Millionen Mark bringen als Folge der aufstrebenden sehr günstigen Werten der beiden letzten Jahre, die naturgemäß einen Rückgang der Einfuhr an Getreide nach Abzug der Ausfuhr veranlaßt haben. Auch die rückläufige Konjunktur macht sich im Laufe des Jahres in verschiedenen Einnahmeposten bemerkbar, so vor allem beim Stempel auf Wertpapieren. Dieser war, wie oben angegeben, nachträglich um 4 Mill. erhöht, und aus den Getreideerträgen nach dem neuen Stempelgesetz waren Einnahmen in Höhe von 7 Millionen veranschlagt. Statt dieser 11 Millionen dürften aber nur 5 Millionen zur Einnahme gelangen. Auch der Anschaffungstempel wird voraussichtlich 3 Millionen und der Stempel für Grundstücksübertragungen etwa 4 bis 5 Millionen weniger betragen, und wenn die Schenksteuer steuer hinter dem Aufschlag um 1 Million zurückbleibt, so darf man darin auch eine Einwirkung der Konjunktur erblicken. Ein Teil dieser Ausfälle wird allerdings durch Mehreinnahmen aus anderen Steuerquellen gedeckt. So dürfte die Zucksteuer ein Mehr von etwa 10 Millionen, die Zigarettensteuer 5 Millionen, die Tabaker und Ausgleichertragsbeträge dafür etwa 6 Millionen, die Salzfischer 2 bis 3 Millionen und sonstige Stempelermäßigungen auch einige Millionen mehr liefern. Bringt man diese Mehreinnahmen von der Summe der zu erwartenden Mindereinnahmen ab, so ergibt sich immer noch eine Mindereinnahme von 15 bis 20 Millionen Mark gegen den Vorkurs.

Die lauren Trauben. In einer Delegiertenversammlung des Zentralverbandes Deutscher Industrieller, die kürzlich in Berlin stattfand, wurde über das Scheitern der Gründung einer Gesellschaft für Welthandel verhandelt und schließlich das Ergebnis der Verhandlungen in einer öffentlichen Mitteilung wie folgt zusammengefaßt: Der Zentralverband Deutscher Industrieller hat sich bisher an keiner der doppelstaatlichen

Verbandsgründungen fördernd beteiligt, die in den letzten Wochen so zahlreich stattgefunden haben. Er beabsichtigt auch nicht, dies zu tun, da er von der Überzahl solcher Vereinigungen eine Zersplitterung der Industrie befürchtet muß. Vielmehr beabsichtigt der Zentralverband, nachdem die Bestrebungen, die auf Gründung einer palamentarischen Deutschen Gesellschaft für Welthandel gerichtet waren, inzwischen gescheitert sind, die diesen Bestrebungen zugrunde liegenden Gedanken lebendig innerhalb seiner eigenen Organisation, ohne Gründung neuer Körperschaften, weiter zu verfolgen, indem er sich eine Auslandsabteilung angliedert. Er wird von seinen dieser Abteilung in erster Linie die Fortführung seiner bereits vor Abschluß begonnenen Arbeiten in den Vereinigten Staaten von Amerika ins Auge fassen.

Die Deutsche Streifenfabrikationsgesellschaft in Berlin hat am 12. März ihre diesjährige ordentliche Aufsichtsstats und Ausschüttung abgehalten. Aus dem Geschäftsführer Synthus Dr. Zängerer erstatteten Geschäftsbericht für das Jahr 1913 ging hervor, daß die Gesellschaft im Berichtsjahre sich in günstiger Weise entwickelt und durch Beitritt zahlreicher neuer Mitglieder eine wesentliche Stärkung erfahren hat. Auch für das Jahr 1914 sind die Aussichten für die weitere Entwicklung sehr günstig. Ihre Leistungsfähigkeit ist dadurch gesteigert, daß sie zweits Mittelerzeugung der „Centra“ der Deutschen Arbeitervereine für Streifenfabrikation in Berlin beizutreten ist. Die Finanzlage der Gesellschaft hat sich nach Angaben aus dem Bureau der Gesellschaft so gestaltet, daß es ihr möglich ist, sämtliche Geschäftsanträge mit dem jahresgemäßen Höchstmaß von 20 v. H. des täglichen Durchschnittsverdienstes pro Tag und freilebenden Arbeiter zur Auszahlung zu bringen. Seit ihrem Bestehen hat die Gesellschaft stets die Höchstquote ausschütten können.

Eine entzündliche Resolution zur Wahrung des Koalitionsrechts hat die Ortsgruppe Jagen des Reichsvereins der liberalen Arbeiter und Angestellten in einer am 15. März abgehaltenen Versammlung nach einem Vortrag des Herrn Hallensberg angenommen. Darin wird der sogenannte „Arbeitsmittelschutz“ entschieden abgelehnt. Unter diesem Schlagwort, so heißt es in der Resolution, finden sich nur die Freunde der Beseitigung eines brauchbaren Koalitionsrechts der Arbeiter und Angestellten und eines sozialen Arbeitsrechts aufkommen zu unheilvollem Tun. Die Verammlung erwartet, daß sich demgegenüber alle wahrhaft volksfreundlichen Parteien im Reichstage energisch dafür einsetzen, daß das jetzt vorhandene Ausnahmeregime gegen die gewerblichen Arbeiterorganisationen im § 158 der Gewerbeordnung beseitigt wird durch die Schaffung eines sozialen Arbeiterrechts.

## Luftschiffahrt.

Neue Erfolge und Möglichkeiten der „Zeppelin“. Dr. Gedenke, der bekannte Führer der „Zeppelin“, hat vor kurzem in einem Vortrag im Luftschiffverein von Pforzheim ebenfalls neue Mitteilungen über Erfolge und Möglichkeiten der „Zeppelin“ gemacht, die beweisen, daß viele harte Luftschiffe, die aller vorläufigen Zurückhaltung, von der sich Dr. Gedenke bisher beherrschte, eine gewaltige Kriegswaffe bedeuten. Zwar gab Dr. Gedenke der Meinung Ausdruck, daß ein „Zeppelin“ die Kavallerie niemals ersetzen, sondern nur in ihrer Wirksamkeit unterstützen könne, so daß sein Hauptverdienst immer in der Fernaufklärung liegen werde. Die Leistungen der „Zeppelin“ als Bombenwerfer dürften als wahrscheinlich bezeichnet werden. Dr. Gedenke berichtet z. B., daß es bei den jüngsten Übungen gelang, mit 4 Bombenwürfen aus 1500 Meter Höhe einen ganzen Wohnort in die Luft zu sprengen.

Man konnte ferner, wie wir bereits über die Entwicklung ergehen haben, aus 1000 Meter Höhe keine neue Höhen innerhalb des neuen bestimmten Umkreises von einem Meter unvorher treffen. Das bedeutet nichts anderes als die Möglichkeit, daß ein „Zeppelin“ es vermag, aus geeigneter Höhe Bomben in die Schornsteine von Kriegsschiffen zu werfen und sie unvorher zu treffen. Auch hier liegt die gewaltige Bedeutung dieser Erfolge für den Ausgang eines künftigen Seerrieges gerade auf der Hand. Die schlimmsten Feinde unserer „Zeppelin“ sieht Dr. Gedenke in den Ballon-Abwehr-Kanonen, die nach dem gegenwärtigen Stande ihrer Konstruktionen enorme Höhen mit ausgezeichneter Treffsicherheit erreichen können, während er den Fliegern längst nicht eine solche Gefährlichkeit beimißt. In der früheren Steigfähigkeit sieht Dr. Gedenke eine bestimmte Überlegenheit desselben, die die einen „Zeppelin“ von einem Flugzeug her drohenden Gefahren leicht vermeiden läßt. Versuche haben ergeben, daß ein „Zeppelin“ mehr als doppelt so schnell steigt als ein Flugzeug. Der „Zeppelin“ braucht, um auf 1000 Meter nur dünnlich und ohne Ballastabgabe zu kommen, 4 1/2 Min., der Flieger durchschnittlich 8 1/2 Min. Dr. Gedenke ist der Überzeugung, daß selbst im Falle des Abfliegens des Luftschiffes durch das Flugzeug der

„Zeppelin“ immer das letzte Wort sprechen wird, da es erfahrungsgemäß leichter sei, von der oberen Plattform des Luftschiffes das Flugzeug herunterzuschleudern, als daß der Flieger mit seinen unüblichen Bombenwürfen viele Anschläge auf das Luftschiff zu treffen. Sind die Ballon-Abwehr-Kanonen Feinde, die der Mensch gegen das Luftschiff ansieht, so hat ein „Zeppelin“ auch Feinde in der Natur, und als die gefährlichsten bezeichnet hier Dr. Gedenke die eigentlichen Feinde in meteorologischen Sinne. Einer solchen ist das Marine-Luftschiff „L 1“ bei Helgoland zum Opfer gefallen. Bei Ostfriesland kam der „L 1“ in Regen, besagte über Helgoland, wo er zu allem Unglück noch in eine starke Woge geriet. Der Führer des Luftschiffes, der nicht mit Unrecht in diesen Nebel auf die Panzerschiffe zu stoßen fürchtete, ging 100 Meter höher. Dies wurde dem Luftkreuzer zum Verhängnis, der „L 1“ wurde von der Woge erfaßt, 1200 Meter hoch gerissen und wieder aufs Wasser hinabgeschleudert. Der Nebel, erfolgte mein während des Geschehens, mit 70 Kilometer eigener und 70 Kilometer Windgeschwindigkeit tauchte der „L 1“ auf das Meer hinab. Wäre er gegen den Wind aufs Wasser gekommen, so hätte er sich noch stundenlang halten können, und alle Menschenleben wären gerettet worden.

Von großer Bedeutung sind die Ausführungen Dr. Gedenkes hinsichtlich der Möglichkeit, über Helgoland, wo er über die verschiedenen Hermetiker. Ständen nicht politische Gründe im Auge, so wäre der Ausbau internationaler „Zeppelin-Luftschifflinien“ durchaus leicht zu bewerkstelligen. Eine Luftschifflinie von Southampton nach Berlin im Hinblick auf die großen Zeandampfer wäre heute mit 16 Stunden Weiterparnis durchaus im Bereiche der Möglichkeit, so heißt es, wie Dr. Gedenke ausführte, den Luftschiffverbindungen zwischen Marseille nach Alexandria. Der übertriebene Hermetiker mit „Zeppelin“ ist ebenfalls im Lichte der Ausführungen Dr. Gedenkes nur eine Frage der Zeit. So sehr aber auch mit den Luftschiffen die Ergraberung der Luft vollzogen ist und Schwierigkeiten wie die Geschwindigkeit und der Betriebsfähigkeit heute längst behoben sind, so sind, wie Dr. Gedenke ausführte, den „Zeppelin“ neue größere Schwierigkeiten entstanden, deren Beseitigung nur jedoch mit Hilfe der Wissenschaft und Technik zu erreichen hoffen darf. Es sind dies die wechselnde Sonnenstrahlung, die Regen- und Schneebelastung und die leuchtenden Böden.

## Gerichtsverhandlungen.

1. Schöffengericht Merseburg. In der Nacht zum 13. Oktober v. J. hielt der Theaterverein „Entrepria“ im hiesigen Casino ein Vergnügen ab, an dem sich auch der Geschäftsführer Otto Sch., der Geschäftsführer Otto B., und der Arbeiter Paul K., sämtlich aus Merseburg, beteiligten wollten. Der Vorsitzende verwies ihnen jedoch das Lokal und sie mußten, da sie gutwillig nicht gingen, gewaltsam entfernt werden. Alle drei widersetzten sich aber und schlugen gemeinschaftlich mit Säulen auf den Besitztenden des Vereins ein. Bei der Namensfeststellung gab K. dem Polizeigeranten auch noch einen falschen Namen an. Es wurden bestraft: Sch. mit 72 Mark ev. 24 Tagen Gefängnis, B. mit 9 Mark ev. 3 Tagen Gefängnis und K. mit 54 Mark ev. 18 Tagen Gefängnis und 3 Mark ev. 1 Tag Haft. — Der Arbeiter Franz J. und Friedrich B. in der Uferstraße verurteilt am 26. Januar v. J. in der hiesigen Gotthardstraße ohne Grund die Ballanten an und verübten dadurch großen Unfug, als sie zur Namensfeststellung nach der Polizeiwache abgeführt werden sollten, leistete J. dem dienenden Polizeigeranten Widerstand. Wegen großen Unfuges erhielt ein jeder eine Strafe von 9 Mark ev. 3 Tagen Haft, J. außerdem noch wegen Widerstandes eine Strafe von 21 Mark ev. 8 Tagen Gefängnis. Wegen Landfriedens wurde die Arbeiterin Christiane St. aus Ofen im Kreise Groß-Martenberg mit 2 Wochen Haft bestraft; nach Straferhöhung soll sie dem Arbeitsbause zugeführt werden. — Weil er die halbe Strafe hier im Februar 1914 mit einem Automobil bestrafen hatte, dessen hinteres Kennzeichen nicht beleuchtet war, erhielt der Kraftwagenführer Fritz B. hier eine Strafe von 5 Mark ev. 1 Tag Haft. — Der Schachtarbeiter Oskar J. in Günthersdorf hatte am 27. Dezember 1913 in Kaufsberg von dem Speditionsmeister Rießing unter Angabe unwahrer Tatsachen einen Wert von ca. 19 Mark erschwindelt, weshalb er mit 40 Mark ev. 10 Tagen Gefängnis bestraft wurde.

## Vermischtes.

\* Der Kaiser und seine Arbeiter. Eine bemerkenswerte Maßnahme zur Beseitigung der sozialen Lage der Landwirte hat die kaiserliche Gutsbesitzer-Schaft in Kabinen getroffen. Auf ihre Veranstaltung wird für jeden Arbeiter eine Versicherung in Höhe von 1000 Mark bei der Provinzial-Landesversicherungsanstalt Weipreuzen abgeschlossen. Die Kosten hierfür werden von der Gutsbesitzer-Schaft getragen. Das Kapital wird beim Tode

Schultornister  
Tafeln  
Federkasten  
Brotdosen  
Ostereifeln  
äußerst billig.  
Hans Käiber  
Markt 20 : Markt 20

**Rott's**  
**Saucen**  
10erlei Würfel à 10 Pfg.  
Das neue, praktische Kochhilfsmittel!  
Im Moment ohne jede Zusatz-  
delikate Saucen beliebiger Art!  
Famose Gerichte auch ohne Fleisch!  
Wo nötig, Verkaufsstellen-Nachweis durch die  
Alleinst. Erfinder: Rott O. m. b. H., München.

Von Donnerstag den 26. d. M.  
sich haben wieder  
Transport  
bester, hochtragender und  
frischmelkender  
**Rüheu. Kalben**  
(verschiedener Rassen)  
dabei  
sowie bester bayrischer Zugochsen  
bei uns zum Verkauf.  
**Gustav Daniel & Co.,**  
Weissenfels a. S. **Telephon 57.**

des verstorbenen Arbeiters an seine Hinterbliebenen, beim Erben des 65. bis 66. Lebensjahres an ihn selbst ausbezahlt.

\* **Wesche der Berliner Liebertafel in Ägypten.** Das Ergebnis der beiden Wohltätigkeitskonzerte der Berliner Liebertafel im Opernhaus und im Gießergraben in Paris beträgt 5000 Mark, die als Grundfonds eines Fonds zur Errichtung eines Waisenheimes im deutschen Spital verwendet werden sollen. Die Einnahme des Wohltätigkeitsfestes in Alexandria beträgt 10000 Mark. Unter den Zuhörern waren besonders die Mitglieder der reichen griechischen Kolonie.

\* **Der große Truppenübungsplatz**, den die deutsche Armee im Osten erhalten soll, ist nunmehr durch geeigneten Landwerb gesichert. Der Platz, der in den Kreisen O.-L.-Ronne und Neu-Settlin liegt, soll, wie die „Danziger Zeitung“ schreibt, bis zum Sommer 1917 hergerichtet und dann seiner Bestimmung übergeben werden. Er erhält eine Größe von rund 200 Quadratkilometern und wird Lager für die Unterfunktion von zwei Infanterie-Brigaden und einer Kavallerie- oder Artillerie-Brigade erhalten. Es werden auf dem geeigneten Terrain zwei Truppenlager mit feinen Gebäuden und Baracken errichtet werden. Das ganze Areal des Übungsplatzes wird um 10 km bis zu 25 km in die Länge erstrecken; eine Division kann auf ihm in aller Bequemlichkeit manövrieren.

\* **Gläubige Srennanfalten.** Unter dieser Überschrift schreibt das „Deutsche Gemeinheitsblatt“ Nr. 2: „Pastor Thiemann, der Leiter des bekannten Krüppelheims zu Marklissa, hat in letzter Zeit mehrere Gaben für eine gläubige Srennanfalten erhalten mit sehr dringenden Bitten, eine solche Anstalt recht bald zu begründen, da sie ein wirkliches Bedürfnis sei. In vielen Srennanfalten seien Besessene, die von dem ungläubigen Personal ganz falsch behandelt werden. Die christlichen Erholungsheime wiederum dürfen Srennen nicht aufnehmen. Daher seien gläubige in großer Verlegenheit, wohin sie ihre Srennen und Besessenen bringen sollen. — „Lust scheint es, daß die Srennen ein noch wirklich ungefülltes Bedürfnis der gläubigen Christenheit Deutschlands aufgedeckt haben, und wir bitten unsere Leser, vor Gott erwidern zu wollen, was wir tun sollen. Zufrieden und Gedenken willkommen!“ — Das hiesige Mittelalter soll doch in manchen Stücken mitten unter uns noch lebhaftig weiter!

\* **Beweis.** „Eitel ist doch wirklich eine großartige Materie!“ „Woher weißt du denn das?“ „Man kann es ihr vom Gesicht absehen.“

\* **Die Hinrichtung des Giftmörders Hopf.** Frankfurt a. M., 23. März. Am Montag früh um 7 Uhr wurde im Hofe des Strafgefängnisses in Preungesheim im Landkreise Frankfurt der Attiz und Giftmörder Karl Hopf, der am 17. Januar wegen Ermordung seiner

ersten Frau Josepha geb. Hene zu 10 Jahre dauerndem Zuchthaus, durch den Schwärzrichter Gröpler aus Magdeburg hingerichtet. Hopf wurde am Sonntagabend dem Staatsanwaltschaftsamt benachrichtigt, daß der König von seinem Begnadigungsrechte keinen Gebrauch gemacht habe und daß die Hinrichtung am Montagvormittag stattfinden sollte. Hopf zeigte, wie auch während des ganzen Prozesses, die größte Ruhe. Er bestellte sich zuerst Brot und mehrere Flaschen Bier und verzehrte alles. Dann rauchte er einige Zigaretten und schrieb noch einen Brief an seine letzte Frau. Dem Anstaltsgeistlichen, der ihn in der Zelle aufsuchte, gelang es nicht, ihn zur Reue zu bewegen. Hopf schlief die ganze Nacht sehr fest und wachte erst am Morgen um 4 Uhr auf. Er rauchte noch einige Zigaretten, verzehrte sein Frühstück und verlangte noch mehr Kaffee. Dann ließ er sich ruhig zum Richtplatz führen, den er erhabenen Hauptes betrat. Er zeigte nicht die geringste Spur von Reue. Die Geschworenen erkannten dem Angeklagten Karl Hopf am 17. Januar für schuldig des Giftmordes an seiner ersten Frau, des Giftmordverlages an seiner zweiten und dritten Frau, an seinem unehelichen und ehelichen Kinde. Wegen des zur Anklage stehenden Giftmordverlages an seinem Vater und an seiner Mutter erkannten die Geschworenen auf Mordstrafe. Das Urteil lautete wegen Mordes auf Todesstrafe, wegen der vier Giftmordverlages auf 15 Jahre Zuchthaus und die üblichen Nebenstrafen.

**Augen für Mercedes.** Für diesen Teil übernimmt die Redaktion den Publikumsgegenüber keine Verantwortung.

Mittwoch früh 2 Uhr entfiel laut nach schwerem Todeskampfe unser lieber kleiner

**Paul**  
im Alter von 3 1/2 Jahren.  
Dies zeigen tiefbetäubt an mit der Bitte um stillen Beileid  
Wilhelm Heier u. Familie,  
Aln der Weißen Mauer 12.

**Bekanntmachung.**  
Die Deutsch-Oesterreichische Bergwerks-Gesellschaft - Beunaer Kohlenwerke in Oberbeuna beschäftigt im Umgebungsgebiet zwei großen Kuppe und Gfiker Anlagen zur hochmodernsten Einbeziehung eines Braunkohlentagebaues bei Wallendorf heraufgeführt. Gemäß § 3 Absatz 3 des Gesetzes zur Verhängung von Gewässern gehören vom 16. August 1906 werden diejenigen, welche gegen die beschäftigte Anlage Einwendungen zu erheben haben, aufgeführt, solche bis zum 10. April d. J. bei dem königlichen Landrat in Merseburg, wo die Akten über das Unternehmen eingesehen werden können, angeben.

Diejenigen, welche sich bis zu dem bezeichneten Tage nicht gemeldet haben, können mit späteren Einwendungen nicht gehört werden.

Merseburg, den 10. März 1914.  
Der Bezirks-Ausschuss,  
gez. Unterschrift.

Vorstehende Bekanntmachung bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntnis.  
Merseburg, den 23. März 1914.  
Der Magistrat.

**Wohnung, 2. Etage,**  
bestehend aus 4 bez. Zimmern, 8 Kammern, Küche und Zubehör, zu vermieten und 1. Juli zu beziehen.  
Markt 22.

Freundl. Wohnung, 1. Etage, 3-4 Zimmer, Küche, Speisekammer und reichl. Zubehör, per 1. April oder später zu vermieten.  
Neumarkt 39 im Laden.

Die von Herrn Justizrat Scholz seit 6 Jahren bewohnte  
**hochherrschaftliche  
Zwei-Etagenwohnung**  
11 bez. Zimmer, Bad, Balkons, mit reichl. Nebenräumen, vollständigem Keller- und Bodenheizung, ist per 1. Oktober zu vermieten. Näheres  
Galleische Str. 39, part.

**Eine Wohnung,**  
bestehend aus Wohnküche, Küche u. Schlafzimmern nebst Zubehör, vom 1. April ab an ältere, kinderlose Leute zu vermieten. Preis Mk. 200.  
Gerickestraße 4.

Freundl. Wohnung, 3 Zimmer, Küche und Zubehör, für 310 Mk. zum 1. Juli zu vermieten. Anfragen  
Bismarckstr. 2, 1. l.

**Freundl. Wohnungen**  
mit Garten per 1. Juli 1914 zu vermieten. Näheres beim Hausmann Möbert, Galleische Str. 78, part. links.

**Wohnung** sucht ältere Dame, Küche, Bodparterre od. 1. Etage, per 1. 7. zu beziehen. Küche, Loggia, große, Oferten unter „Glabia“ a. d. Exp. d. Bl.

**Freundl. Wohnung**  
zu verm. u. 1. 4. 1914 zu beziehen. Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

3 große Zimmer, 1 Kammer, Küche, Bad, Gas u. reichlich Zubehör, soz. zu verm. u. 1. April zu beziehen. **Dere Burgstr. 13.**

**Freundl. Wohnung,** best. aus 5 bis 6 Zimmern, Balkon, Badezimmer, ev. Innenklosett, z. 1. 1. gesucht. Off. mit Preisangabe u. M. W. 30 in der Exped. d. Bl. neherauf.

**Wohnung** im Preise von 50 bis 60 Mk. zum 1. Juli Mitte der Stadt zu mieten gesucht. Off. u. K. 9 an die Exped. d. Bl. erbet.

**Weitere Dame** sucht zum 1. 7. freundl. Wohnung in ruhigen Hause bis 65 Mk. Offert unt. B 10 a d. Exp. d. Bl.

**Wohnung,** 2 Stuben, 1 bis 2 Kammern, Küche und Zubehör von Gehört mit einem Kinde in ruhigen, besseren Hause um 1. 7. zu mieten gesucht. Offerten unt. F 300 an die Exped. d. Bl. erbet.

**4- bis 5-Zimmer-Wohnung**  
zum 1. April oder 1. Mai gesucht. Offerten mit Preisangabe unter „Galle“ a. d. Exp. d. Bl. erbeten.

**Möbl. Zimmer**  
zu vermieten. **Dombrodt 5.**

**1 möbliertes Zimmer**  
zu vermieten. **Reißer 1, part.**

**Kleiner Laden**  
sofort oder später zu vermieten. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

**Der Laden Burgstr. 10**  
mit Zubehör, bisher Kugelsch., ist per sofort oder später zu vermieten. **B. Hübner.**

**Da 5 Morgen Wiese** in Trebitz flur sind zu verpachten, ev. zu verkaufen. Zu erfragen am **Bahnhof Kötzschen Str. 28.**

**Gelegenheitskauf!**  
Wegen Rückg. der Brautjungfer noch nicht im Gebrauch gewesene Ausstattung, bestehend aus hübsch, modern, edl. nussbaum-verziert. Schlafzimm., als 2 schwere Betten mit beste mit Holz, Metall, Zich. Spiegelschrank mit Schubladen, groß, hübsch, Waschkommode mit weiß. Marmor und Spiegelglas, 2 Nachtschränke mit Marm., Sandtisch, ferner edl. nussb. Wohnzimm., als ferner hübsch. Divan mit schweren Ledern und Seitenkranke, eleg. Salonstuhle mit edl. Nussbaumverzier., und Kristallleuchte, 4 best. Nussbaumstühle mit Nussbaum, sowie der hoch. Küche mit edl. Messingverglas., Küchenschiff, Nussbaum mit Holz, Metall, Zich. 2 Stühle, Nussbaumverziert, alles zusammen für nur **Mk. 800,-** abgegeben; ferner noch vollk. neue Röhrenkamin, Bild. Die Sachen können jederzeit bis abends 10 Uhr eingesehen werden. **Galle a. B., Magdeburgerstr. 24, 1. l.**

**Theater - Verein „Philharmonie“**  
Etablissement Grandstädtchen.  
Sonntag den 29. März 1914  
Festspiel-Aufführung  
zur Erinnerung an den 400 jähr. Todestag  
des Bischofs Etilo v. Troch:  
**Der Habe zu Merseburg.**  
Schauspiel in 6 Akten v. Georg Runkh.  
Abendmittags 8 Uhr Schiller - Vorstellung.  
Abends 8 Uhr große Fest - Aufführung.  
NB. Diese Aufführungen sind nicht zu verwechseln mit denen im Marionetten-Theater im Casino.  
Preise zur Schilleraufführung: 1. Platz 20, 2. Platz 10 Pf.  
Um reichen Zuspruch bittet **Der Vorstand.**

Ein großer Transport jähriger und 1/2 jähriger  
**Färren u. Bullenälber, schöne, fruchtbar, Zuchtstullen (offiziell, Klasse), sowie auch junge, hochtragende Kühe und Färren.**  
Darunter Zugkühe, sind bei mir eingetroffen und empfehle selbige recht preiswert.  
Ferner erhalte ich Sonntag früh einen Transport guter reichmilkender  
**Kühe mit Kälbern.**

**Hermann Heydenreich,**  
Crumpa b. Mücheln, Tel. 39.

**Guterhalt. Kleiderschrank**  
preiswert zu verkaufen. **Stütztor 3**

**Sehr gut erhaltener Kinderwagen**  
(grün) billig zu verkaufen. **Dr. Ritterstr. 3, H. rechts.**

**1 Kinderwagen,** wie neu, billig zu verkaufen. **Hohmarkt 2, 3 Tr.**

**Mignon - Schreibmaschine,** gebraucht, sehr gut erhalten, ist preiswert zu verkaufen. **H. Hübner, Holzhandlung.**

Ein gut erhaltener, weiß emaillierter **Kochherd** billig zu verk. **Galleische Str. 36, part.**

**Moderne Transmissionen** sportfähig abzugeben. **Preislisten umsonst, J. u. J. Steinbach, Mühlhausen 178 u. 26.**

**Zucht- und Belegestügel,** Brüter, Geräte, Ställe. **Futter lief. Heiligschwarz in Auerbach 357 (Kessen) Katalon gratis. Wiedervert. gel.**

**1 Kuh m. d. Kalbe** ist zu verkaufen. **Höhren b. Kötzchen 4.**

Ein noch brauchbares **Perd** steht zu verkaufen. **Kreutzstr. 21.**

**4 Stück Abfahrfertel** stehen zum Verkauf. **Gallehof Wilsdorf.**

**7 Stück futtermittel Abfahrfertel** verkauft. **Gallehof Kötzchen.**

**Ein Säuerichwein** zu verkaufen. **Gallehof Kötzchen.**

**Futtermöhren**  
per Htr. Mk. 1.20, bei Wiederabnahme entsprechend 5 Hgr., verkauft solange Vorrat reicht. **Ritterstr. 3, H. rechts.**

**Der Vorstand der Altenburger Frauenhilfe**  
bittet auch in diesem Jahre alle im Freundlich angeordneten Frauen für die Feier am Konfirmationsabend nächst, Sonntag vormittag nach „Vellene“ zu senden. **Frau D. Wöle.**

**Volksküche.**  
Die Volksküche wird am **Donnerstag den 26. d. M.** für diesen Winterbetrieb geschlossen.

**Musik-Verein Kötzchen-Beuna.**  
Sonntag den 29. März von abends 8 Uhr ab im Saale des Herrn Schmitz.

**Ball.**  
Die sonst geladenen Gäste sind willkommen. **Der Vorstand.**

**Aschinger.**  
Kreutzstr. 1.  
Empfehle unsere hübschen **Mittagstisch.**  
Auch ist dabei eine freundliche **Schaffstube** offen.

**Bürger-Verein „Süd und West“**  
zur Förderung allgemeiner künftiger Interessen!  
Am **Samstag** den 28. März d. J. 8 1/2 Uhr abends findet im **Restaurant „Waterland“** die **Hauptmitglieder-Versammlung** mit anschließendem **Herrenabend** statt.  
**Tages-Ordnung:**  
1. Geschäftliches und Jahresbericht.  
2. Rechnungslegung und Entlastung.  
3. Vorstandswahl.  
4. Verschiedene Tagesfragen.  
Die Wichtigkeit der Tagesordnung macht ein vollständiges Erscheinen dringend notwendig.  
**Der Vorstand.**

**Dauers Restauration.**  
heute **Donnerstag**  
**Schlachtfest.**  
Donnerstag  
**Dito Sichel, Gobleitauer Str.**  
**Erkältung, Nerven-Unterriß**  
wird gründlich u. schnell färdend außer dem Hause erteilt. **Schriftliche Anmeldung: G. Schiborr, Halle a. B., Bernhardtstr. 9, II.**  
Erl. Zimmermann, welcher auch als **Stellmacher** arbeiten kann, **unb. u. best. Beschäftigung** in **Merseburg** oder **Umgebung**. Off. unt. **F. M. a. d. Exp. d. Bl.**

**Müchtige Montanearbeiter**  
werden noch eingekauft. **Grube Fänerwald bei Bernsdorf.** Zu melden beim **Monteur Wolf.**

**Einen Arbeiter,**  
der möglichst schon in einer **Papfabrik** gearbeitet hat, stellt sofort ein. **Bertel, Neumarktstraße.**

**Arbeiter**  
sofort gesucht. **Fischerstraße 9.**

**Bäckergeselle**  
bis 8. April gesucht. **Albert Schaal, Breite Str. 26.**

**Bäderlehrling** stellt ein. **Albert Schaal, Breite Str. 26.**

**Ein saub. Mädchen,**  
nicht unter 16 Jahren, wird zum 1. oder 15. April gesucht. Näheres in der Expedition dieses Blattes.  
Zum 1. 4. fauberes Mädchen, nicht unter 17 Jahren, als **Aufwartung** gesucht. **Karlstraße 11, 1 Tr.**

**Junges Mädchen,** nicht unter 16 Jahren, für **vormittags als Aufwartung** zum 1. April gesucht. **Ober-Altendamm 5.**

**Nicht zu junges, ebrliches Mädchen** als **Aufwartung** für **nachmittags** ev. auch 2 Stunden **vormittags** gesucht. **Bohrer 12, 1.**

**Aufwartung**  
zum 1. April für **vormittags** gesucht. **Gallestr. 8, 1 Tr.**

**1 kleiner Hausmädchen** von **M. Ritterstr. 3** bei **Wauer** verloren. **Abzugeben** **Breite Str. 17.**

**Taube (Verkehrtriller)** entflohen. **Seg. Bel. abzug. Johannstr. 9.**

# Correspondent.

**Bezugspreis vierteljährlich 1 Mk., monatlich 35 Pf.**  
Bei Bestellung von mehreren Exemplaren bei Bestellungen von einem durch unsere Mandanten in  
der Sicht und auf dem Konto anderen Bestellungen; durch die Post 1,30 Mk. außer 42 Pf.  
Wochensatz. — Der Preis erheben wir monatlich 6 mal nur an den Abrechnungen und sonst  
— Kostet unsere Originalausgaben 10 nur mit bester Ausstattung versehen.  
— Die Ausgabe unvollständiger Ausgaben überlassen wir freie Entscheidung.

**Wöchentliche Gratisbeilagen:**  
3 seilig. illust. Unterhaltungsblatt  
m. neuest. Romanen und Novellen.  
4 seit. landwirtsch. u. Handelsbeil.  
mit neuesten Marktnotierungen.

**Anzeigenpreis** für die stündl. Beilagen oder deren Platz für 1000 Leser 2000  
20 Pf. im Restenzeit 40 Pf. Bei langfristigen und besonderen Verträgen  
gehört die Anzeigenblätter nach Vereinbarung. Bei Anzeigen für  
beliebige Beilagen, nach Absprache mit der Redaktion.  
Bei Anzeigen für größere Geschäfts-Kategorie zu 2000 Leser  
Anzeigen für Industrie 8 Mk., Familienanzeigen für 1000 Leser 2000

Nr. 72.

Donnerstag den 26. März 1914.

40. Jahrg.

## Die Zukunft des liberalen Blocks.

Hierüber lesen wir in der nat.-lib. Wochenschrift „Der Panther“ (Beilage Kreis i. B.) folgende bemerkenswerte Ausführungen:

Norddeutschland ist im Gegensatz zu Baden und Bayern auf absehbare Zeit nicht reif für den Großen Block der Linken. Mit dieser Tatsache wird sich selbst der abfinden müssen, der dem Großblock-Ge danken keineswegs ablehnend gegenübersteht. Die Schuld liegt auch nicht nur an der Abneigung der Nationalliberalen, sogar vieler Fortschrittler, sondern mindestens ebenso sehr an der norddeutschen Spielart der Sozialdemokratie.

Um so bedauerlicher wäre es, wenn der liberale Block, der sich bei den letzten Reichstagswahlen wie auch im allgemeinen bei den preussischen Landtagswahlen gut bewährt hat, jetzt in die Brüche ginge. Das Liebeswerben von konservativer Seite ist bei den verschiedensten Gelegenheiten unverbürgt zum Ausdruck gekommen, und die Kattensängerinne der Sammlungspolitik haben leider bei den Alt-Nationalliberalen ein deutliches Echo gefunden.

Namentlich die Zollpolitik wird zur Konstruktion eines künstlichen Gegenjokes zwischen Nationalliberalen und Fortschrittlichen mißbraucht. Der „Satz der nationalen Arbeit“ soll durch die „freihändlerischen“ Fortschrittler gefährdet sein! Wer sich von Schlagworten nicht blenden läßt, sondern die Augen offen hält, der muß aber bemerkt haben, daß sich in der Volkspartei in den letzten Jahren — nicht zuletzt unter dem Einfluß des Hansa-Bundes — eine Wandlung in der Stellung zu Zollfragen vollzogen hat. Man betet zwar nicht zum alleinigmachenden Schwarz, wie gewisse altliberale und konservative Doktrinare, aber man hat die Zollfragen als reine Zweckmäßigkeitssachen erkannt, und es wehren sich die Stimmen, welche für dieselben für Aufrechterhaltung der Vieh- und Getreidezölle eintreten und vor Beseitigung einiger Futtermittelzölle und Reform des Einfuhrzollens fordern. Daß viele Nationalliberale diesen Stand-

gebracht hat, ist zweifellos. Ebenso sicher aber ist, daß ihn Fuhrmann nicht wieder erobern kann. Ein anderer nationalliberaler Kandidat dagegen würde nicht nur die Unterstützung der Fortschrittler im ersten Wahlgang, sondern auch die — nun einmal notwendige — Stichwahlunterstützung der Sozialdemokraten finden.

Es wird nun gemutmaßt, daß Fuhrmann dafür in Brandenburg aufgestellt werden soll, jedenfalls in der Erwartung, daß er gleich im ersten Wahlgang die konservativen Stimmen erhält; sonst könnte er nämlich nicht einmal in die Stichwahl kommen. Eine solche Kandidatur würde unbedingt bei den Genossen einen Freudenruf hervorrufen, denn sie wäre die sicherte Garantie für die Wiederwahl Peus'. Im Fall einer Stichwahl zwischen Fuhrmann und Peus aber würde es vorausichtlich selbst einer ganz entschiedenen Parole der Wahlfreileitung nicht gelingen, sämtliche fortschrittliche Stimmen Fuhrmann zuzuführen, was Voraussetzung seines Sieges wäre. Möglich, daß ein solcher Ausgang den Altliberalen auch nicht unwillkommen wäre, weil er einen Vorwand böte, die Fortschrittler als „national unzuverlässige Schutztruppe der Sozialdemokratie“ zu verdammen. Aber dieses Schlagwort hat doch in den letzten Jahren infolge der Haltung der Volkspartei in Aerer-, Marine-, Kolonialfragen uho. bei den Wählermassen an Schlagkraft erheblich eingebüßt. Brandenburg kann nur durch einen linksliberalen Kandidaten den Sozialdemokraten entziehen werden; außerdem müßten sich natürlich auch die Konservativen überwinden, in einer Stichwahl für ihn zu stimmen. Ob sie es fertig bringen würden, bei in nationalen Fragen zuverlässigen Fortschrittler gegenüber dem Umstürzler vorzugehen, muß freilich stark bezweifelt werden.

In Prenzlau-Angermünde endlich, wo noch nie ein Nationalliberaler aufgestellt war, kommt nur eine fortschrittliche Kandidatur in Frage. Wenn die Volkspartei hier diesmal eine geeignete Persönlichkeit präsentiert als 1912, so ist ein liberaler Sieg nicht ausgeschlossen.

Drei Mandatsgebiete sind für den Liberalismus möglich. Darum wäre es gut, wenn die beiden Parteileitungen recht bald eine Verständigung über alle drei Wahlkreise herbeiführen.

## Die Petition des Magistrats und der Stadtverordneten von Charlottenburg

um Einführung der geheimen Stimmabgabe bei den Stadtverordnetenwahlen und um Befreiung des Hausbesitzerprivilegs lautet, wie wir mitzuteilen in der Lage sind, in ihren Hauptpunkten wie folgt:

„Seit dem Jahre 1808, in dem die Städteordnung die Privilegien des Hausbesitzerstandes bei den Stadtverordnetenwahlen schuf in der damals durchaus zutreffenden Erwägung, daß den seßhaften Bürgern, die aufs engste mit der Gemeinde auf Gedeih und Verderb verbunden sind, ein größerer Einfluß auf das Geschick der Gemeinde zugebilligt werden muß, haben die Verhältnisse im städtischen Hausbesitz, namentlich in den Großstädten, eine vollkommene Umwälzung erfahren. Der Hausbesitzerstand umfaßt in unserer Gemeinde nur noch zum geringsten Teil wirklich seßhafte Elemente. Neben der kleinen Zahl alleingeseßener Eigentümer, an die die Städteordnung bei der Privilegierung des Hausbesitzerstandes einst gedacht, verbergen sich in dem großstädtischen Hausbesitz zahlreiche spekulative Elemente, denen jede persönliche Beziehung zur Gemeinde fehlt. . . . Das Haus ist solchen Hausbesitzern lediglich Kapitalanlage oder gar Spekulationsobjekt. Gerade in unserer Gemeinde haben sich die Verhältnisse im städtischen Hausbesitz nach dieser Richtung entwickelt. Nach dem Ergebnis der Grundstückszählung in Charlottenburg im Jahre 1910 waren von 3794 bewohnten Grundstücken, die im Eigentum einzelner hiesiger Personen standen, 26,5 Proz. erst in den letzten drei

Jahren, 44,2 Proz. erst in den letzten fünf Jahren und 70 Proz. in den letzten zehn Jahren vom Eigentümer erworben. Von den 3794 bewohnten Grundstücken standen nur 2708 (72 Proz.) im Eigentum Charlottenburger Einwohner, während 1086 (28 Prozent) Hausbesitzer ihren Wohnsitz außerhalb Charlottenburgs hatten. Diese Zahlen sprechen uneres Erachtens für die Richtigkeit der Behauptung, daß in der Großstadt ein sehr erheblicher Teil der Hausbesitzer das Haus nur noch als Ware betrachtet und daß die Hausbesitzer nicht mehr allgemein als Vertreter der bodenständigen Elemente gelten können. Wir weisen schließlich noch darauf hin, daß die preussische Staatsregierung im Jahre 1876 in der Begründung zu einem Wänderungsentschluß der preussischen Städteordnung die Befreiung des Hausbesitzerprivilegs vorschlug mit der Motivierung, „daß das Bedürfnis, ja die Nützlichkeit einer derartigen, eine besondere Klasse der Einwohner hervorbekennenden Bestimmung vielfach und ansehnend nicht ohne Grund in Frage gestellt sei“. Man wird zugeben müssen, daß die heutigen Verhältnisse im großstädtischen Grundbesitz in noch viel härterer Weise als im Jahre 1876 für die Aufhebung des Hausbesitzerprivilegs sprechen.“

Hinsichtlich der Einführung der geheimen Stimmabgabe macht die Petition der Stadt Charlottenburg darauf aufmerksam, daß sich bereits zu wiederholten Malen eine erhebliche Mehrheit in preussischen Abgeordnetenhaus dafür entschieden habe; auch die oben erwähnte Petition zur Städteordnung habe bereits die Einführung der geheimen Stimmabgabe vorgesehen, die von der Regierung damit begründet wurde, daß dadurch die Wähler vor illegalen Einflüssen und vor der Notwendigkeit der Rücksichtnahme auf persönliche und äußere Verhältnisse bewahrt würden. Die offene Stimmabgabe bedeutet die Aufhebung des Stimmrechtes eines großen Teils der Mitbürger, weil sie durch sie Gefahr laufen, in ihrer wirtschaftlichen Existenz Schaden zu nehmen. Die verhältnismäßig geringe Beteiligung an den Wahlen in Charlottenburg (1913 in der ersten Abteilung 38 Proz., in der zweiten Abteilung 24 Proz., in der dritten Abteilung 32 Proz.) wird in der Petition teilweise auf die offene Stimmabgabe zurückgeführt. Die Petition ist von dem Oberbürgermeister Dr. Schulz unterzeichnet. Man darf annehmen, daß ihre Beratung in der Kommission und im Plenum zu interessanten Debatten führt.

## Aus dem sächsischen Landtage.

Le. Der fortschrittliche Abg. Günther gab in einer der letzten Sitzungen des sächsischen Landtages Kenntnis von einem Briefe des Geheimen Grafen Botho v. Wedel an seinen von der Technischen Hochschule in Dresden weggewiesenen Better Emil v. Wedel, der ihn gebeten hatte, durch Vermittlung des Berliner sächsischen Gesandten seine Wiederzulassung an der Technischen Hochschule in Dresden zu erwirken. In diesem Briefe schrieb Graf Wedel u. a.: „Wenn Du dich für die fortschrittliche Volkspartei beäugst, kannst Du nicht verlangen, daß man besondere Rücksicht auf Dich nimmt. Du darfst eben mit Deinen freiherrlichen Ideen unbegreiflich.“

Hierzu schreibt man uns noch: Diese Äußerung spricht Bände. Freiherrliche Ideen sind dem Herrn Geheimen Grafen Wedel unbegreiflich. Es ist ganz interessant, daß hier einmal der dreierlei Öffentlichkeit bekannt wird, was Geistes Kind der Chef der Personalabteilung des Auswärtigen Amtes ist. An eingeweihten Kreisen wußte man längst, an welchen Stellen im Auswärtigen Amte die vom Reichstage so oft und so dringend geforderte Reform des diplomatischen Dienstes immer wieder scheiterte, mer dieser Reform die für die Entwicklung nicht nur unserer politischen, sondern vor allem unserer wirtschaftlichen Weltmachtstellung von eminenter Bedeutung ist, nachhaltigen Widerstand leistete. Man wußte, daß hierbei in erster Linie die Ablehnung gegen Neuerungen, die „freiherrlichen Ideen“ entsprechen kein konnten, maßgebend war für die Gegenrichtung gegen eine Reform, die für unsere Diplomatie an Stelle ständiger Namen die tüchtigsten Männer gewinnen wollte. Unter diesen widerstrebenden Kräften befand sich mit an ausschlaggebender Stelle der Chef der Personalabteilung, der, wie man erzählt, noch für höhere diplomatische Posten in Aussicht genommen ist. — In Preußen-Deutschland macht man leider immer noch am ehesten Karriere, wenn man freiherrliche Ideen unbegreiflich findet, und es von sich weiß, auf sie einzugehen.



Das Oberbürgermeisteramt der nationalliberalen Partei gebührt, obwohl der Kreis früher eine erhebliche Anzahl freisinniger Stimmen auf-